

# Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

ZU:

**Einzelplan 02 - Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drucksache 7/942**

## Gesetzentwurf zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (NTHG 2020)

<b>Seite:</b> 36	<b>Kapitel:</b> 0 2 0 1 0	<b>Titel:</b> 6 8 4 6 6
<b>Zweckbestimmung:</b> Zuschüsse an freie Träger für Maßnahmen zur Entwicklung demokratischer Kultur und zur Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit		

**Stichwort:** Mehrbedarf zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ und Aufstockung der Mittel der „Opferperspektive“

<b>Ansatz im Entwurf 2020</b>	1.908.900 €
<b>Änderung (+/-):</b>	+ 500.000 €
<b>Ansatz neu:</b>	2.408.900 €

<b>Verpflichtungsermächtigungen 2020</b>	
<b>Ansatz im Entwurf:</b>	€
<b>Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:</b>	€
<b>Ansatz neu mit Fälligkeiten:</b>	€

<b>Deckung bei:</b>		<b>Einzelplan 20</b>		
<b>Seite</b>	<b>Kapitel</b>	<b>Titel</b>	<b>Stichwort</b>	<b>in Höhe von</b>
20	20 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	500.000 €
				€
<b>insgesamt:</b>				<b>500.000 €</b>

**Haushaltsvermerk:** (Änderungen bitte unterstreichen)

**Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

2020:

Mehr wegen tarifbedingt steigender Personalausgaben der freien Träger im Rahmen der Projektförderungen und wegen des Ausfalls von Bundesmitteln im Programm „Demokratie Leben!“

**Begründung:**

Die rechtsterroristischen Anschläge von Kassel, Halle und Hanau haben deutlich gemacht, dass politisch rechtsextrem motivierte Gewalt die freie Gesellschaft bedroht. Dies haben auch die Abgeordneten des Landtags Brandenburg in ihrem Beschluss „Walter Lübcke, Halle, Hanau - Wehrhafte Demokratie in der Pflicht“ (Drucksache 7/761-B) gemeinsam so erklärt.

Experten warnen vor einer neuen Welle rechtsextremistischer Gewalt in Deutschland. Dagegen müssen Prävention und eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen als vordringlichste Aufgabe gesehen werden.

1. Zugleich stellte die Bundesregierung die Förderung vieler zivilgesellschaftlicher Projekte im Programm „Demokratie Leben!“ ein, was zu einer deutlichen Schwächung dieser Strukturen führen wird, da vor allem kleine Projekte und Initiativen in der Fläche vom Verlust der Mittel betroffen sind. Hier muss das Land Brandenburg unterstützend eingreifen. Dafür sollen freie Träger im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden, um so eine (Weiter) Förderung von solchen Projekten zu ermöglichen.

2. Zugleich bleibt das Ausmaß rassistischer Straftaten in Brandenburg anhaltend hoch. Für 2019 zählte die Opferperspektive zwar einen leichten Rückgang der Zahlen rechter Gewalt (von 177 auf 142), jedoch ist der Anteil der rassistisch motivierten Gewalttaten weiterhin sehr hoch. Besonders stechen dabei die hohe Zahl an Übergriffen gegen Jugendliche heraus, 39% der Opfer rechter Gewalt waren zum Tatzeitpunkt minderjährig. Hiergegen müssen zwar exekutive Kräfte gestärkt werden, jedoch ist die langfristige Betreuung der Opfer

rassistischer Gewalt weiterhin Kernaufgabe zivilgesellschaftlicher Strukturen. Die Opferperspektive hat aufgrund ihrer jahrelangen Expertise in diesem Bereich eine besondere Stellung bzw. Aufgabe, da sie verantwortungsvoll und ohne Vorbedingungen die Opfer berät.

Daher soll sie zusätzlich mit 250.000 € ausgestattet werden, damit sie ihr landesweites Beratungsnetzwerk ausbauen kann, um auch in der Fläche ihre Angebote dauerhaft angemessen anbieten zu können.